

Rückblick auf die Herbstsession im Schweizer Parlament

Die Medizin war zwar das wichtigste Thema während der vergangenen Session der eidgenössischen Räte, doch keine Angst, es gab keine Revolution! Im Zentrum standen nicht politische Fragen im Bereich der Medizin, sondern die klinische und damit die eigentliche Medizin! Diese rettete Bundesrat Hans-Rudolf Merz nach einem Herzstillstand das Leben. Die Medizin siegte in diesem Fall über die politischen Spekulationen: Die potentiellen Nachfolger, die bereits in den Startlöchern standen, konnten wieder zur Tagesordnung übergehen. Unsere moderne Medizin hat Bundesrat Merz geholfen, wir wünschen ihm weiterhin gute Besserung!

Zentrale Themen der Session waren die Sicherheitspolitik und die Armee. Das Rüstungsprogramm 2008 wurde im Nationalrat durch eine seltsame Koalition abgelehnt: Die Linke und die Rechte votierten gegen die Armee, wenn auch aus völlig unterschiedlichen Gründen. Es wurde auch eine dringliche Debatte zu den steigenden Strompreisen geführt.

Vier Themen des Gesundheitswesens wurden debattiert: Schutz vor Passivrauchen, Medikamente (Preise und Parallelimporte), Komplementärmedizin sowie der Verfassungsartikel über die Forschung am Menschen.

1. Was den Schutz vor Passivrauchen anbelangt, hat man ein Gesetz verabschiedet, mit dem in der Schweiz das Rauchen an allen öffentlichen Orten – einschliesslich Restaurants, Bars, Diskotheken usw. – untersagt wird. Doch damit kleine Beizen auf dem Land und in den Bergen erhalten bleiben, räumt das Gesetz den Betriebsinhabern die Möglichkeit ein, Restaurants mit einer öffentlich zugänglichen Fläche von weniger als 80 m² zu «Raucherrestaurants» zu erklären. Damit sind Rechtsstreitigkeiten über die Messung dieser Fläche vorprogrammiert! Die Kantone können jedoch auch restriktivere Gesetze erlassen (z. B. Tessin) [04.476].
2. Hinsichtlich der Medikamente standen zwei Dossiers zur Diskussion: eine Änderung des KVG, die etwas mysteriös als «Managed Care» [04.062] bezeichnet wird, und das Patentgesetz im Zusammenhang mit der Frage der Parallelimporte von Medikamenten [08.010]. Bei der Änderung des KVG ging es vor allem darum, im Gesetz Bestimmungen zu verankern, die bislang in Verordnungen des Bundesrates erlassen wurden (Aufnahme und Ausschluss von Medikamenten in die bzw. von der Spezialitätenliste, Kontrolle der Medikamentenpreise, Wirtschaftlichkeitskriterien usw.). Damit sollte eine kleine Machtverschiebung von der Exeku-

tive zur Legislative realisiert werden – vielleicht weil das Parlament davon ausgeht, dass es das besser kann. Nachdem das Parlament während vier Jahren über diese Änderung debattiert hat, ist keine mehrheitsfähige Lösung zustande gekommen. Vier Jahre Arbeit für nichts: Die Gesetzesänderung wurde abgelehnt, alles bleibt, wie es ist.

Die Frage der Parallelimporte gab viel zu reden. Ein magisches Wort, das eine hochkomplexe Realität verbirgt: Prinzip der nationalen, europäischen, internationalen Erschöpfung, Uneinigkeit zwischen den Räten – das Pingpong geht weiter. Das Dossier geht wieder an den Ständerat.

3. Bei der Komplementärmedizin [06.066] ist die Arbeit abgeschlossen: Das Parlament hat einen Gegenvorschlag zur Volksinitiative verabschiedet, die laut den Initianten voraussichtlich zurückgezogen wird. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger können schon bald darüber entscheiden, ob der neue Artikel 118a in die Verfassung aufgenommen werden soll: «*Bund und Kantone sorgen im Rahmen ihrer Zuständigkeiten für die Berücksichtigung der Komplementärmedizin.*» Wenn dies in der Verfassung verankert ist, müssen entsprechende Gesetze folgen: Der Weg ist somit noch weit. Eine Annahme dieses Artikels durch das Volk bedeutet jedoch nicht, dass die im Jahr 2005 gestrichenen fünf Leistungen der Komplementärmedizin sofort wieder eingeführt werden: Dafür ist weiterhin der Vorsteher des EDI zuständig.
4. Mit dem Verfassungsartikel über die Forschung am Menschen [07.072] soll die Zuständigkeit von den Kantonen auf den Bund übertragen und die Materie national vereinheitlicht werden. Als Erstrat hat sich der Nationalrat mit diesem Artikel befasst. Er beschloss, von den drei vom Bundesrat beantragten Absätzen nur den ersten Absatz zu belassen. Nun geht das Geschäft an den Ständerat.

So weit ein kurzer Überblick über die Herbstsession. Wünschen Sie weitere Informationen? Dann tippen Sie auf der Webseite www.parlament.ch die in Klammern aufgeführten Zahlen in das Feld «Suche» ein! Gute Reise!

*Dr. med. Ignazio Cassis,
MPH, Vizepräsident der FMH
und Nationalrat*